in den Senat gewählt. 1906 trat er als Innenminister in das Kabinett Sarrier ein und wurde nach dessen Rücktritt im Oktober des gleichen Jahres Ministerpräsident. Die Durchführung der Trennungsgesetze und die Festigung der Beziehungen zu England ließ er sich während der dreijährigen Dauer seiner Regierung besonders angelegen sein. Während des Krieges bekämpfte er mit großer Schärfe alle Verständigungsversuche und näherte sich so dem Nationalen Block, zu dessen Zufriedenheit er vom November 1917 bis Januar 1920 die Regierung leitete. Den Höhepunkt seiner politischen Tätigkeit bildete die Friedenskonferenz von Versailles, wo er mit unerbittlicher Schärfe seine deutschfeindliche Politik verfolgte. Nach den Präsidentschaftswahlen im Januar 1920, bei denen er gegenüber Deschanel unterlag, zog er sich aus dem politischen Leben zurück.

Ein Sieg der Flamen

Völlige Flamisierung der Genter Universität

Der belgische Ministerpräsident Jaspar hat schwere Tage hinter sich. Nicht nur, daß die deutsch-französischen Verhandlungen über den Zusammentritt der zweiten Haager Konferenz ihn, den Präsidenten der Konferenz, gründlich verstimmten, auch innerpolitische Streitfragen setzten ihm so zu, daß er mit seinem Rücktritt drohen mußte, falls überhaupt eine Einigung zu erzielen war.

Die belgische Krisis drehte sich um die Flamisierung der Genter Universität. Die liberale Partei, die mit den Katholiken das gegenwärtige Kabinett Jaspar bildet, war bisher die Hüterin der französischen Einheitssprache in Belgien und wehrte sich aufs äußerste gegen weitere Zugeständnisse an die Flamen. Wider Erwarten ist jetzt die Entscheidung auf einer Konferenz der Liberalen mit 31 gegen 15 Stimmen für die vollständige Flamisierung der Genter Universität gefallen. Einige französische Vorlesungen bleiben freilich erhalten, doch tragen diese lediglich fakultativen Charakter. Am Dienstag dürfte die Entscheidung über den neuen Gesetzentwurf in der Kammer fallen. Vermutlich werden 15 Liberale gegen den Entwurf stimmen, an der Annahme der Vorlage besteht gleichwohl kein Zweifel, da zahlreiche Sozialisten dem Entwurf gleichfalls zustimmen werden.

Die Liberalen standen vor einer schweren Entscheidung, denn der Rücktritt des Ministerpräsidenten Jaspar hätte zum Sturz des Gesamtkabinetts geführt und Neuwahlen im Gefolge gehabt. Letztere wären unvermeidlich gewesen, weil eine katholische Minderheitsregierung unmöglich ist und die Beschlüsse des letzten sozialistischen Parteitages über die Schulfrage ein Zusammengehen von Katholiken und Sozialisten unmöglich machen. Aus Neuwahlen wären überdies die radikalen flämischen Parteien und vermutlich auch die Sozialisten verstärkt hervorgegangen, so daß das gegenwärtige Regierungsprogramm, das eine Senkung der Steuern vorsieht, leichfalls unter den Tisch gefallen wäre. Dazu kommt, daß das Jubeljahr des belgischen Staates 1930 unmittelbar vor der Tür steht. Aus diesen politischen Erwägungen heraus glaubten die belgischen Liberalen die Verantwortung für eine Regierungskrisis nicht übernehmen zu können. Die Folge davon ist ein hundertprozentiger Sieg der flämischen Bewegung.

Lampel auf freiem Fuß

Peter Martin Lampel ist mit seinen Mitbeschuldigten v. Bollwitz und Schweninger am Sonnabend vormittag um 1/2 12 Uhr aus der Untersuchungshaft in Neiße entlassen worden, nachdem sie vorher noch einer einstündigen Vernehmung durch den Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Dr. Tzschentke, unterzogen worden waren. Im Hofe des alten, früher einmal ein fürstliches Palais darstellenden Landgerichts, warteten die Frauen von Schweningen und Bollwitz und begrüßten glückstrahlend ihre Männer. Alle drei Enthafteten machen einen sichtlich abgespannten Eindruck. Wenn sie auch — wie sie hervorheben — im Untersuchungsgefängnis auf das Menschlichste behandelt wurden, so hat sie doch die so überraschend über sie gekommene Verhaftung und Untersuchung sichtlich mitgenommen. v. Bollwitz (groß, schlank, Offizierstyp, sicheres Auftreten), gegen den bekanntlich die schwerste Anschuldigung erhoben wird, nimmt scheinbar auch jetzt die Führung in die Hand. Er erklärte sofort auch im Namen seiner beiden Kameraden: Wir wollen von uns aus nichts in die Zeitung bringen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß durch derartige Veröffentlichungen das Verfahren unnötig kompliziert wird, wir aber wollen ihm seinen Lauf lassen und nicht eher sprechen, als bis das Gericht die Sache abgeschlossen erklärt. Schon jetzt sind durch Nennung von Namen von angeblichen Zeugen unnötige Erschwerungen eingetreten. Man hat Namen verwechselt und es muß nun erst mit Mühe festgestellt werden, daß diese mit dem Fall nichts zu tun haben. Vor allem die Veröffentlichungen in Zeitungen, die sich — wie Bollwitz mit Betonung sagt — „national schimpfen", haben den Fall kompliziert. Trotzdem erklärte Lampel: Selbstverständlich stehe ich zu allem, was geschehen ist. Köhler war ein polnischer Spion und wegen Spionage von drei Staatsanwaltschaften gesucht. Vom Korps war ein Haftbefehl gegen ihn erlassen worden. Ich war Offizier und tat meine Pflicht. aber — das muß ich wiederum entschieden betonen — geschossen habe ich nicht. Wie ich als Mensch zu der Tat stehe? Das richtet sich nach meiner Einstellung zu der Frage des Tötens überhaupt, und ich bin stets und prinzipiell ein Gegner des Tötens. — Lampel bittet dann, ihm doch etwas Ruhe zu geben. In der ersten Minute nach der Entlassung, nach einer eingehenden Vernehmung, könne man noch nicht so über alles sprechen. v. Bollwitz zieht ihn mit Schwiningen fort, indem er sagt: Sie werden es verstehen: wir sind das erste Mal wieder ungestört beisammen, das erste Mal außerdem treffen wir uns seit acht Jahren. Und es gibt auch manches zu besprechen und zu vereinbaren. was für uns persönlich wohl nicht ganz unwichtig ist.

Strafanzeige gegen Major a. D. Pabst

Dem „Berl. Tagebl." zufolge ist bei der Staatsanwaltschaft des Berliner Landgerichts II eine Strafanzeige gegen den Major a. D. Waldemar Pabst wegen Anstiftung zur Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs eingegangen. Die Anzeige stützt sich insbesondere auf das Beweisergebnis in der Strafsache wegen Beleidigung des Rechtsanwalts Jorns durch Redakteur Bernstein und weist darauf hin, daß, wie insbesondere durch die Zeugen Jorns und Liebmann festgestellt sei, Pabst den Auftrag zur Ermordung der führenden Kommunisten gegeben habe. Die Anzeige weist noch darauf hin, daß sich Pabst unter dem Namen eines Kaufmanns Walter Peters aus Hamburg die österreichische Staatsangehörigkeit erschlichen habe.

Volksbegehren für fünf Parteien

Ein Plan zur Zusammenlegung der politischen Parteien

Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht einen Aufruf Barmer Fabrikanten zur Veranstaltung eines Volksbegehrens über eine Zusammenlegung der politischen Parteien. Durch Volksentscheid soll festgesetzt werden, daß für den Deutschen Reichstag nur drei Parteien, nämlich eine Partei der Rechten (Partei der Konservativen), eine Partei der Mitte (Staatspartei) und eine Partei der Linken (Partei der Sozialisten) zuzulassen seien. Nötigenfalls soll auch die Zulassung von fünf Parteien in Betracht gezogen werden, nämlich einer Partei der radikalen Rechten, einer Partei der Konservativen, einer Staatspartei, einer Partei der Sozialdemokraten und einer Partei der radikalen Linken. Alle übrigen Parteien müßten Anschluß an die drei oder fünf politischen Parteien suchen. Dies setzte voraus, daß einigende Formeln gefunden und neue Parteiprogramme aufgestellt würden. Für die einmal geschaffenen, in sich homogenen Parteiprogramme hätte sich jeder politisch Tätige sowie jeder wahlberechtigte Deutsche zu entscheiden. Die Volksvertretung der Länder und Kommunen würde sich später in ähnlicher Weise zu entwickeln haben. Bei diesem Volksentscheid, so heißt es in dem Aufruf, handelt es sich in Wahrheit um eine diktatorische Maßnahme, d. h. um den Willen, dem heillosen Wirrwarr von Interessengruppen ein Ende zu machen und zu stabilen politischen Verhältnissen zu kommen. Der Vollstrecker aber ist das Volk!

Die Aufklärung der Bombenattentate

Die weitere Untersuchung in der Sprengstoffangelegenheit hat, wie Landgerichtsdirektor Dr. Masur in Altona in einer Pressebesprechung mitteilte, zu neuen wesentlichen Erfolgen geführt, so daß nunmehr der gesamte Komplex, soweit er sich auf Schleswig-Holstein und die Provinz Hannover erstreckt, als nahezu völlig erledigt angesehen werden kann. Einmal ist die Aufdeckung weiterer Attentate geglückt, und zwar handelt es sich dabei um das Attentat auf das Finanzamt in Winsen am 27. November 1928. Die Idee zu diesem Anschlag ging, wie heute erklärt wurde, von Herbert Volck aus, der auf Grund seiner

Beschäftigung mit Eiernkunde und anderen mystischen Dingen

auf den Gedanken gekommen war, Attentate zu verüben. Es ist bemerkenswert, daß es Volcks Absicht war, die ersten Attentate im Hannoverschen, in Lüneburg, durchzuführen. Daß dieser Gedanke nicht in die Wirklichkeit umgesetzt wurde, ist dem Umstande zu verdanken, daß die Attentäter das Regierungsgebäude, dem der erste Anschlag gelten sollte, von Schutzpolizei bewacht fanden. Die Attentäter — es kommen dabei in Frage der Gemeindevorsteher Amandus Vick (Rönne), der Landwirt Franz Luhmann (Clues) und John Johnson (Husum) sowie Herbert Volck — mußten deshalb von Lüneburg umkehren und wandten sich nach Winsen. Das Winsener Attentat wurde mit dem

hochexplosiven Sprengstoff Trinitrotoluol

ausgeführt, den Herbert Volck beschafft hatte. Daß die gefährliche Sprengstoffladung in Winsen nicht zur Explosion kam, ist darauf zurückzuführen, daß das Paket durch Regen völlig durchnäßt war.

Weiter wurden die drei Anschläge in Lüneburg in der Nacht zum 1. August und in der Nacht zum 6. September (auf die Villa des Rechtsanwalts Dr. Strauß und die Landkrankenkasse am 1. August und auf das Regierungsgebäude am 6. September) aufgeklärt. Die Täter waren hier wiederum Amandus Vick und Franz Luhmann. Außerdem waren an diesen Anschlägen beteiligt der Landwirt Ernst Becker aus Rottorf (Kreis Winsen) und der Hilfsweichensteller Hermann Manecke, gleichfalls aus Rottorf. Bei dem Doppelattentat am 1. August waren beteiligt Vick, Luhmann und Becker. Becker bewachte das Auto, in dem die Attentäter zum Tatort gefahren waren, während die beiden andern die Anschläge bei Dr. Strauß und bei der Landkrankenkasse ausführten. Das nächste Attentat in der Nacht vom 5. zum 6. September auf das Regierungsgebäude führten Vick, Becker und Manecke durch. Luhmann war verhindert,

weil an dem Tage seine Kuh gekalbt hatte.

Für ihn mußte der Hilfsweichensteller Manecke, ein Stahlhelmer, einspringen. Alle zu diesen Anschlägen verwendeten Sprengkörper stammten aus der bekannten „Fabrik" in Altona-Flottbek.

Sämtliche vier Personen haben ein umfassendes Geständnis vor dem Landgerichtsdirektor Dr. Masur abgelegt. Es wurde gegen sie auf Grund der Paragraphen 5, 6 und 7 des Sprengstoffgesetzes Haftbefehl erlassen. Auf Grund dieser Paragraphen dürften alle an den Anschlägen Beteiligten eine

Mindeststrafe von fünf Jahren Zuchthaus

zu gewärtigen haben. Dr. Masur ging dann nochmals auf den Handgranatenanschlag in Wesselburen ein, der jetzt dahin aufgeklärt ist, daß Klaus Heim nachts mit zwei weiteren Personen nach Wesselburen fuhr, um diesen Anschlag durchzuführen. Der eine der Mitfahrenden war Herbert Schmidt, der andere ist noch nicht zweifelsfrei festgestellt, doch besteht der dringende Verdacht, daß es Nickels war. Geständig ist Herbert Schmidt. Die Handgranaten hat nach seinem Eingeständnis Amandus Vick beschafft, bei dem, wie erinnerlich, schon früher 35 Handgranaten gefunden wurden.

Ueber die Rolle, die Kapphengst bei den Lüneburger Attentaten gespielt hat, wurde folgendes ermittelt: Kapphengst kündigte Amandus Vick telephonisch seine Ankunft an und bedeutete ihm, daß er Bomben mitbringen werde. Als dann Kapphengst mit Vick zusammentraf, übergab er ihm zwei Bomben mit dem Bemerken, daß er jetzt keine Zeit hätte, die Sache weiter zu verfolgen. Vick mußte also zunächst die Bomben mit ins Haus nehmen und darum besorgt sein, sie möglichst bald wieder loszuwerden. Er zog dazu Luhmann ins Vertrauen, und beide beschlossen dann die Durchführung der Lüneburger Anschläge.

Besonders bemerkenswert ist die nunmehr endlich geglückte

Feststellung des Bombenlagers.

Den wochenlangen Ermittlungen der Kriminalpolizei ist es gelungen, dieses Lager in Karlumfeld im Kreise Niebüll, und zwar in dem einsamen Bauerngehöft von Peter Holländer, das etwa 60 Kilometer nördlich von Husum hart an der dänischen Grenze liegt, festzustellen. Die Sprengstoffe wurden Ende Januar mit einem Auto von Nickels bis in die Gegend dicht vor Husum gebracht, wo sie von einem zweiten Wagen von John Johnsen und Herbert Volck übernommen wurden. Diese beiden brachten die drei Kisten Sprengstoff und mehrere Pakete mit 700 Sprengkapseln nach Karlumfeld, zu Holländer, wo die Sprengstoffe zunächst in einer Truhe im Wohnzimmer versteckt wurden. Holländer war in die Bewegung verstrickt worden durch eine Rede Volcks, die dieser auf einer Landvolkversammlung gehalten hatte. Diese Rede hatte eine solche vaterländische Begeisterung in Holländer entflammt, daß er sich der Bewegung zur Verfügung stellte. Der Sprengstoff wurde, nachdem man ihn zunächst in den Originalkisten gelassen hatte, auf denen noch die Fabrikzeichen standen, kurze Zeit darauf nochmals umgebettet. Nickels und Johnsen erschienen nach zwei Tagen in Karlumfeld, um das Material in unverfängliche neue Kisten zu packen. Die Originalkisten, die vermutlich von Dynamit Nobel stammten, wurden teils vernichtet, teils abgehobelt, so daß der Ursprung nicht mehr zweifelsfrei festzustellen war. Holländer ist sicher ein Mann, der das Beste wollte und der glaubte, eine gute vaterländische Tat zu vollbringen. Nach seiner eigenen Darstellung bei der Vernehmung war ihm bei der Uebernahme des Sprengstoffs in seinem Gehöft so feierlich zumute, daß er

sich seinen Gehrock anzog und ein selbstverfaßtes Gedicht von sieben bis acht Strophen vortrug.

Das Versteck für das Sprengstofflager ist außerordentlich raffiniert gewählt worden. Von Husum in Richtung Niebüll fahrend, kommt man kurz hinter Leck an einem Fahrweg vorüber, der zu dem einsamen Gehöft Holländers führt. Der Weg führt zunächst bis zu einem kleinen Waldabschnitt, durch den nach allen Richtungen hin Schneisen laufen. Zwei dieser Schneisen führen zu einem freien Stück Ackerland, über das man schließlich zu dem Gehöft Holländers kommt. Sprengmaterial wurde bei Holländer nicht mehr vorgefunden, das Verbleiben des gesamten Materials ist noch nicht einwandfrei aufgeklärt. Es ist aber mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß der weitaus größte Teil der Sprengstoffe, wenn nicht überhaupt alle, einmal zu den Attentaten selbst, weiter aber zu den umfangreichen Vorversuchen, die im Februar und März angestellt wurden, aufgebraucht worden ist.

Zu den Meldungen über neue Verhaftungen erklärt Dr. Masur, daß es sich dabei vorwiegend um polizeiliche Festnahmen handele.

Auf die Anfrage, ob bereits Feststellungen hinsichtlich des Anschlags in Berlin und ferner auch bezüglich der Finanzierung der Unternehmungen gemacht worden seien, und ob in diesem Zusammenhang auch Spuren nach Berlin führten, äußerte sich Dr. Masur sehr zurückhaltend dahin, daß er den Ausdruck „Spuren" zwar bestätigen könne, daß nähere Darlegungen jedoch im Augenblick zu diesen Fragen nicht gemacht werden könnten.

Arrest gegen das Vermögen der Bombenleger

Wie der Lüneburger Landespressedienst erfährt, wird beim Amtsgericht in Lüneburg dringlicher Arrest gegen das Vermögen der wegen der Lüneburger Bombenanschläge verhafteten Hofbesitzer Vick, Becker und Luhmann, sowie des Hilfsweichenstellers Mahnecke in Höhe der durch diese Anschläge verursachten Schäden beantragt werden. Rechtsanwalt Dr. Strauß bezifferte den ihm durch das Attentat erwachsenen Schaden auf 5000 Mark. Der Schaden der Regierung werde ähnlich hoch angegeben. Der Lüneburger Magistrat werde sich wegen des Schadens, den die Stadt erlitten hat, dem Antrage der Regierung anschließen.

Zuchthausstrafen für Luftfahrtsspionage

Nach vierzehntägiger Verhandlungsdauer wurde in dem Luftfahrtsspionageprozeß, der unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt wurde, vom Reichsgericht in Leipzig das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt: Der 28 Jahre alte Regierungsbaumeister Eduard Ludwig, zuletzt bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt (D. V. L.) in Adlershof (Berlin) zu fünf Jahren Zuchthaus, der 45 Jahre alte Techniker Eduard Scheibe zu sechs Jahren Zuchthaus, der 39 Jahre alte Photograph Ernst Huttinger zu drei Jahren einer Woche Zuchthaus. Sämtlichen Angeklagten werden ein Jahr und fünf Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet. Außerdem wurde gegen alle drei Angeklagten auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren erkannt. Die für die Spionage erhaltenen Geldbeträge wurden als der Reichskasse verfallen erklärt. Der Angeklagte Ludwig wurde von der außerdem gegen ihn erhobenen Anklage wegen Verstoßes gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb in zwei Fällen freigesprochen.

Nach dem Ergebnis der Verhandlung habe, wie der Vorsitzende, Senatspräsident Lorenz, ausführte, in Berlin eine Organisation bestanden, die sich mit der Ausforschung und Ermittlung militärischer Geheimnisse, die die Luftfahrt betrafen, befaßte. Der Leiter der Organisation sei ein gewisser Alexandrowski gewesen. Zu dieser Organisation habe Scheibe mindestens seit dem Januar 1928, Huttinger mindestens seit Februar 1928 und Ludwig mindestens seit Mai 1928 gehört. Scheibe, der letztischer Staatsangehöriger ist, sei der von Alexandrowski im Auftrage einer fremden Macht bezahlte Spion gewesen. Er habe den Auftrag erhalten, Material von der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt zu beschaffen. Scheibe, der mit Ludwig bekannt sei, habe

Schnupfen

kann man nicht immer verhüten, aber immer erfolgreich bekämpfen mit —

Forman